

## **Anhang 1: Wörterbücher zur Erfassung von Generationengerechtigkeit (GG) und Sozialer Gerechtigkeit (SG)**

### **1a) Wörterbuch zur Erfassung von Generationengerechtigkeit (GG)**

- Generationengerechtigkeit (intergenerationelle, intergenerative Gerechtigkeit, generationengerecht, Gerechtigkeit zwischen den Generationen)
- Verantwortung für, Offenheit für, Rechte von, Interessen von, Bedürfnisse von, Mittel von, Belastung von, Weitergabe an, Betrug an, Ausnutzung von Generationen
- die nächste, zukünftige, künftige, nachrückende, nachwachsende, kommende Generation; die heutige, die derzeitige Generation; die junge, die alte, die mittlere, die nächste, die zukünftige, die künftige, die heute noch ungeborene Generation
- Generationenvertrag, Generationenkonflikt; Ausgleich zwischen den Generationen, Generationenvergleich
- Generationenaspekt, Generationenbezug, Generationenorientierung, generationenspezifisch, generationenbezogen, in Bezug auf Generationen
- Generation Praktikum, Baby-Boomer-Generation, Rentnergeneration, Politikergeneration, Nachkriegsgeneration

### **Erläuterungen zum Wörterbuch zu ‚Generationengerechtigkeit‘**

In der Suche wurden nur Generationen von Menschen erfasst. Sofern sich der Suchbegriff ‚Generationen‘ (und seine Abwandlungen, s.o.) auf etwas Anderes bezog, z.B. auf technische Geräte (z.B. „die nächste Waffengeneration“), so wurde die Fundstelle nicht gezählt.

Ebenfalls nicht in die Zählung aufgenommen wurden Bezüge, die sich nur auf einen Teil einer Generation bezogen (z.B. „die zweite Einwandergeneration in Deutschland“, „Vertreter der ostdeutschen Generation“, „jede Frauengeneration“) oder auf die junge Generation im Ausland (z.B. „die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten...für die junge Generation...in Sierra Leone“). Gezählt wurden hingegen Fundstellen wie „Generation Praktikum“ oder „Baby-Boomer“-Generation. Diese Generationenetiketten greifen entscheidene Prägungen oder geschichtliche Ereignisse heraus, um die *Gesamtheit der zu einer bestimmten Zeit lebenden* Bundesbürger zu erfassen.

Ebenfalls gezählt wurden Fundstellen zu ‚Politikergeneration‘ und Synonyme, z.B. im Kontext generationengerechter Finanzpolitik, wenn es darum ging, ob eine Generation einer anderen einen überschuldeten Staat hinterlässt. Beispielsweise sagte Peer Steinbrück am 29.5.2009: „Wenn Sie sich anschauen, wie sich die Schuldenstandquote in Deutschland, das heißt das Verhältnis der Schulden zu unserer Wirtschaftsleistung – und damit automatisch die Zinslastquote; will sagen: der Anteil der Zinsausgaben am Bundeshaushalt –, entwickelt hat, dann werden Sie feststellen, dass wir der gefährlichen Tendenz unterworfen sind, dass der Bundeshaushalt immer weiter verkarstet und versteinert und Ihre politischen Handlungsspielräume, vor allen Dingen die der nachfolgenden Generationen von Bundestagsabgeordneten, immer geringer werden.“ Hier geht es de facto um eine Schlechterstellung der *gesamten* künftigen Generation, nicht nur des Teils von ihr, der politisch aktiv ist.

### **1b) Wörterbuch zur Erfassung von sozialer Gerechtigkeit (SG):**

- sozial gerecht, sozial fair
- sozial ungerecht, sozial unfair
- soziale Gerechtigkeit, soziale Ungerechtigkeit, soziale Fairness, soziale Unfairness
- soziale Gleichheit, soziales Gleichgewicht, soziale Balance, soziale Gleichberechtigung, sozial Verträglichkeit, sozialverträglich
- Soziale Ungleichheit, soziale Ungleichgewicht, soziale Unterschiede, soziale Kluft, soziale Spaltung, soziale Kälte, soziale Asymmetrie, soziale Selektion
- unsozial, sozial bedenklich, sozial unausgewogen, sozial fraglich, sozial gefährlich, sozial schwierig, sozial besorgniserregend, sozial problematisch, sozial fragwürdig
- soziale Sicherheit, soziale Sicherung, soziale Absicherung, Sozialschutz
- sozial schwach (die sozial Schwachen), die sozial Bedürftigen, die sozial Benachteiligten;
- soziale Unterschiede, Differenz, Abstand, Kontrast
- soziale Dimension; soziale Situation
- soziale Erfordernisse, Bedingungen, Notwendigkeit
- Soziale Diskriminierung;
- Soziale Hindernisse;
- soziale Schicht, soziale Klasse, soziale Herkunft, soziale Stellung

### **Erläuterungen zum Wörterbuch ‚Soziale Gerechtigkeit‘:**

Nicht einbezogen wurden Dokumente, die den Begriff ‚sozial‘ (bzw. artverwandte Begriffe, s.o.) nur in Überschriften oder als Wortbestandteil enthielten, wie z.B. ‚Sozialgesetzbuch‘, ‚Ministerium für Arbeit und Soziales‘, ‚Nationalsozialismus‘, ‚psychosoziale Betreuung‘, ‚Sozialismus‘, ‚Sozialdemokratie‘, Bundessozialgericht, Sozialpädagogen, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung etc.

Wenn auf eine Kleine oder Große Anfrage eine schriftliche Antwort gegeben wurde, in der die Anfrage wortglich erneut zitiert wurde, so wurden diese Wiederholung der Zitate nicht doppelt gezählt.

Überschriften, die ‚sozial‘ oder ‚generation‘ bzw. verwandte Begriffe enthielten, wurden nicht gezählt, da stets die Sachverhalt im folgenden Fließtext angesprochen wurden.

Gliederungspunkte (z.B. im Entwurf zum Bundeshaushaltsplan), die die Suchbegriffe enthielten, wurden nicht separat gezählt.

## Anhang 2: Dokumententypen

Bundestagsdokumente lassen sich in folgende Typen unterteilen:

**1. Anfragen:** Die Bundestagsfraktionen können die Bundesregierung mittels Kleiner oder Großer Anfragen zu Stellungnahmen über bestimmte Sachverhalte bewegen. Kleine Anfragen werden schriftlich beantwortet und nicht beraten. Große Anfragen werden schriftlich beantwortet und müssen außerdem im Plenum debattiert werden, sofern dies von mindestens 5 Prozent der Abgeordneten verlangt wird.

**2. Anträge:** Mit Anträgen wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, dem Parlament über bestimmte Ereignisse oder Politikbereiche zu berichten oder einen Gesetzentwurf zur Regelung bestimmter Dinge vorzulegen. Anträge können ohne Aussprache an einen Ausschuss überwiesen werden.

**3. Berichte:** Darunter fallen schriftliche Stellungnahmen der verschiedenen Akteure. So gibt es etwa Berichte der Bundesregierung, der Ausschüsse, der Ministerien, von Enquete-Kommissionen, vom Wehrbeauftragten etc.

**4. Beschlussempfehlungen:** Der Ausschuss, an den nach der ersten Beratung im Plenum Vorlagen zur federführenden Beratung überwiesen wurden, erarbeitet für den Bundestag Beschlussempfehlungen, die häufig mit Berichten gekoppelt sind. In ihnen sind die Diskussionen im Ausschuss, die vorgetragenen Änderungen zu der jeweiligen Vorlage sowie die Voten der mitberatenden Gremien zusammengefasst. Anhand der Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse fällt das Plenum seine abschließenden Entscheidungen.

**5. Gesetzentwürfe:** Entwürfe für neue oder Änderungen an bestehenden Bundesgesetzen können auf drei Wegen ins Parlament gelangen: über die Bundesregierung, den Bundesrat oder aus der Mitte des Bundestags. Mit der Ersten Lesung beginnt im Bundestag das Gesetzgebungsverfahren. Das Parlament und seine Ausschüsse beraten das Vorhaben und erarbeiten bei Bedarf Änderungen, bis nach der Dritten Lesung abgestimmt werden kann.

**6. Plenardebatten:** In den Bundestagsdebatten verhandeln die Abgeordneten in Rede und Gegenrede über Gesetzentwürfe und andere Vorlagen. Dabei gibt es mehrere Typen von Debatten:

- a) Vereinbarung Debatte: Die Fraktionen verständigen sich im Vorfeld darauf, ohne Beratungsgrundlage über ein Thema zu diskutieren.
- b) Große Debatte: Hier geht es um zentrale politische Fragen. Die Große Debatte schließt sich meist an Regierungserklärungen oder an Große Anfragen an. Ihre Dauer ist nicht genau festgelegt.
- c) Kurzdebatte, Aktuelle Stunden etc.: Hierbei handelt es sich um zeitlich begrenzte Debatten zur Beratung von Detailfragen.

Auf dem Bundestagsserver ist zwar z.B. der Dokumententyp ‚Gesetzesentwürfe‘ je als *einzelne* pdf-Datei verfügbar, allerdings sind nur die *gesamten* Plenardebatten als pdf-Dateien verfügbar. Für diese Untersuchung wurde jeder *einzelne* Redebeitrag innerhalb einer Plenardebatte als ein Dokument gezählt. Eine Redebeitrag beginnt, wenn der Präsident des Bundestages (oder sein Vertreter) einem Redner das Wort erteilt, und endet, wenn er einem anderen Redner das Wort erteilt oder die Sitzung schließt.

Die Suche wurde mit Hilfe der Suchmaske des Deutschen Bundestags ([www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) > Dokumente & Recherche > Suchfunktionen > Erweiterte Volltextsuche) durchgeführt. Zunächst wurde in der Zeile „Ergebnisse finden...mit irgendeinem dieser Wörter“ erst

‚generation‘, dann ‚sozial‘ eingegeben. Der Zeitraum der Suche wurde auf den 1.1.2009 bis zum 27.9.2009 bzw. vom 1.1.2005 bis zum 18.9.2005 festgelegt, außerdem wurde die Suche auf die Teilbereiche „Drucksachen“ und „Plenarprotokolle“ beschränkt.

### Besonderheiten bei der parteibezogenen Auswertung der Dokumente

Im zweiten Teil der Studie wird die *Parteizugehörigkeit* der Redner erfasst. So lässt sich nachzeichnen, wie oft bestimmte Parteien die jeweiligen Gerechtigkeitskategorien verwendeten. Oft wird ein schriftliches Dokument (z.B. ein Gesetzentwurf) von mehreren Abgeordneten unterzeichnet. Wenn alle Unterzeichner derselben Partei angehörten, so muss dieses Dokument einmal für die jeweilige Partei gezählt werden. Sofern Abgeordnete unterschiedlicher Parteien zu den Unterzeichnern gehörten, so wäre es ein möglicher Weg, jeder beteiligten Partei eine Nennung zuzuordnen. Die beiden Grafiken erläutern beispielhaft diesen für die Methodik der Studie wichtigen Punkt:

Tabelle 1: Tatsächliche Fundstellen

Zahl der Nennungen eines Suchbegriffs x im Jahr y, alle Dokumenttypen	
Breg (CDU/CSU, FDP)	224
Fraktionen CDU/CSU, FDP	15
CDU/CSU (einzelne MdB)	255
Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne	8
SPD (einzelne MdB)	117
Grüne (einzelne MdB)	162
FDP (einzelne MdB)	119
Linke (einzelne MdB)	48
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Petitionsausschuss	2
Haushaltsausschuss	2
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgeabschätzung	5
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	1
Ausschuss für Arbeit und Soziales	2
Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung	21
Delegation der BRD im Europarat	8
<b>Gesamt</b>	<b>992</b>

Tabelle 2: Neu zugeordnete Daten

Zahl der Nennungen eines Suchbegriffs x, im Jahr y, alle Dokumenttypen		
	Direkte Treffer	Umgelegte Treffer
CDU/CSU (einzelne MdB)	225	221
SPD (einzelne MdB)	117	134
Grüne (einzelne MdB)	162	161
FDP (einzelne MdB)	119	126
Linke (einzelne MdB)	48	52
<b>Gesamt</b>	<b>671</b>	<b>694</b>
<b>Gesamttreffer: 1365</b>		

Alle Zeilen aus Tabelle 1, in denen nicht ‚einzelne MdB‘ steht, würden nun umgelegt. Die vierte Zeile von Tabelle 1 (Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne: 8) würde z.B. so umgelegt, dass in Tabelle 2 jede der Parteien 8 weitere Nennungen erhält. In Tabelle 2 ergibt sich also eine hohe Zahl von ‚umgelegten‘ Treffer. Insgesamt erhöht sich durch dieses Verfahren die Gesamtzahl der Nennungen erhöht sich bei der *parteibezogenen* Zählung *aller Dokumenttypen* deutlich über die de facto gefundene Gesamtzahl (hier 992) hinaus (hier: 1365). Dies ist nicht sinnvoll. Zudem lassen sich die Nennungen der Ausschüsse und anderer

Gremien wie z.B. des Parlamentarischer Beirats für Nachhaltige Entwicklung nur mehr oder weniger willkürlich auf die im Bundestag vertretenen Parteien umrechnen.

Ergo: In der vorliegenden Studie wurden bei der *parteienbezogenen* Analyse nur die *Plenarprotokolle* ausgewertet.

Eine Besonderheit der Codierung ergab sich bei Redebeiträgen von *Regierungsvertretern* in Plenardebatten. Hier gibt es zwei mögliche Sichtweisen:

a) Regierungsvertreter sprechen nicht für eine Partei, sondern für das ganz Land. Folgen: Geben sie eine Erklärung, eine Stellungnahme oder eine Antwort vor dem Bundestag ab, so müsste ihr Redebeitrag bei dieser Sichtweise der neuen Kategorie ‚Bundesregierung‘ zugeordnet werden. Als Entscheidungskriterium müsste hierbei die Geschäftsordnung des Bundestages dienen. Würde in einer Debatte der Redebeitrag nicht der Redezeit einer Partei zugerechnet, so müsste die Rede als Beitrag der Bundesregierung gezählt werden.

b) Auch Regierungsvertreter bleiben Parteimitglieder. Wenn einer bestimmten Partei ‚Generationengerechtigkeit‘ besonders am Herzen liegt, so liegt es auch den von ihr in die Regierung entsandten Personen besonders am Herzen. Insofern wird bei Redebeiträgen grundsätzlich nicht nach dem Kriterium Regierungsvertreter/einfacher Abgeordneter unterschieden, sondern nur nach der Parteizugehörigkeit.

Sichtweise a birgt einige Schwierigkeiten: Denn was ist, wenn ein Bundesminister als einfacher Abgeordneter für seine Partei spricht? In diesem Fall unterliegt er der Redezeitbeschränkung. In der Studie wurde daher die Methodik angewandt, die aus Sichtweise b folgt.

### **Anhang 3: Erfasste Politikfelder mit Themenbereichen (alphabetisch)**

- Bildungspolitik (Bildungseinrichtungen, primärer bis tertiärer Sektor)
- Finanzpolitik (Finanzen, Haushalt, Steuern, Schulden, Zinsen, Schuldenbremse)
- Gesundheitspolitik (Gesundheit, Krankenkasse, Pflege)
- Familienpolitik (direkte und indirekte Leistungen zugunsten von Familien)
- Jugendpolitik (Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen, Wahlrechtssenkung)
- Kulturpolitik (kollektives Erbe, Verantwortung, Geschichte)
- Nachhaltigkeitspolitik (Definition von Nachhaltigkeit, Verhältnis von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit)
- Rechtspolitik (Grundgesetzänderungen für Soziale Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit, außer Schuldenbremse)
- Rentenpolitik (Rente)
- Sonstiges (keinem anderen Politikfeld zuzuordnen)
- Sozialpolitik (Sozialleistungen, soziale Absicherung)
- Umwelt- und Energiepolitik (Umwelt, Atomkraft, Kohle, Naturschutz, Lebensgrundlagen, Energie)
- Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsmarkt, Ausbildung, Konjunkturpaket)

## **Erläuterung der Politikfelder mit Beispielen (Fundstellen sind kursiv gekennzeichnet)**

**1. Bildungspolitik** = Das Politikfeld „Bildungspolitik“ umfasst die staatliche Einwirkung auf Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen, Hochschulen etc.). Bei der Auswertung nach GG wurden Beiträge erfasst, in denen es darum geht, was im Bereich Bildung an zukünftige Generationen weitergegeben werden soll.

Bei der Auswertung nach SG bezogen sich die meisten Beiträge auf einen gleichen Zugang aller Schichten zu Bildungseinrichtungen.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Auch Union und SPD haben zulasten *künftiger Generationen* verbockt, dass der Bund in der Bildungspolitik wirkungsvolle Impulse setzen kann.“<sup>1</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Jedem ein Optimum an Bildung zukommen zulassen und nicht nur einer kleinen privilegierten Schicht, ist nicht nur ein Gebot der *sozialen Gerechtigkeit*, sondern auch eine zwingende Notwendigkeit für ein Land, dessen wesentliche Ressource das Leistungsvermögen seiner Menschen ist.“<sup>2</sup>

**2. Finanzpolitik** = Hier ging es um Ausgabenbeschränkungen (z.B. durch Schuldenbremse), aber auch um Einnahmeverbesserungen (z.B. Erhöhung der Steuern). Letztere wurden auch oft im Zusammenhang mit der Reduzierung der Staatsverschuldung erwähnt. Sofern letzere Aussagen allerdings in den Zusammenhang der Konjunkturimpulse bzw. der Erhöhung des Wirtschaftswachstums standen, wurden sie zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gezählt.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Wenn wir Schulden machen, dann wäre es richtig, nach den Renditen zu differenzieren, welche *künftige Generationen* von den Investitionen erzielen, für die Schulden aufgenommen werden.“<sup>3</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Die Linke sagt: Erhöhungen der Mehrwertsteuer sind *sozial ungerecht*.“<sup>4</sup>

**3. Gesundheitspolitik** = Bei diesem Politikfeld ging es um die Aufteilung von Gesundheitsleistungen und -beiträgen, entweder diachron zwischen den Generationen, oder synchron zwischen ärmeren und reicheren Bevölkerungsschichten.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Selbst unter der Annahme, dass die Morbidität weiter komprimiert werden kann, nachfolgende Generationen gesünder in die hohe Lebensjahre kommen und auch erst später als heute pflegebedürftig werden, steigt die Zahl der Personen, die Pflege und Hilfe brauchen, auf etwa 3,5 Millionen im Jahre 2050.“<sup>5</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Ein Gesundheitssystem darf die sozial Benachteiligten nicht von einer umfassenden Gesundheitsversorgung ausschließen.“<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Gehring, Kai (Grüne), Plenarprotokoll 16/228, Deutscher Bundestag 228. Sitzung, 18.06.2009, S. 25085. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16228.pdf> (am 13.12.2010).

<sup>2</sup> Schneider Volker (Die Linke), Plenarprotokoll 16/203, Deutscher Bundestag 203. Sitzung, 30.01.2009. S. 22010-22011. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16203.pdf> (am 01.03.2010).

<sup>3</sup> Fritz Kuhn (Grüne), Plenarprotokoll 16/215, Deutscher Bundestag 215. Sitzung, 27.03.2009, S. 23373. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16215.pdf> (am 27.03.2010).

<sup>4</sup> Höll Barbara (Die Linke), Plenarprotokoll 16/211, Deutscher Bundestag 211. Sitzung, 19.03.2009. S. 22766 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16211.pdf> (am 01.08.2010).

<sup>5</sup> Bundesregierung: Unterrichtung durch die Bundesregierung: Gutachten 2009 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Drucksache 16/13770, Deutscher Bundestag, 02.07.2009, S. 373. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/137/1613770.pdf> (am 18.03.2010)

<sup>6</sup> Martina Bunge (Die Linke), Plenarprotokoll 16/205, Deutscher Bundestag 205. Sitzung, 12.02.2009. S. 22126. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16205.pdf> (am 01.11.2010).

**4. Familienpolitik** = Hierunter wurden direkte und indirekte Leistungen zugunsten von Familien verstanden (Kindergeld, Elterngeld, Mutterschutz). Auch Aussagen, die sich auf die normative oder verfassungsrechtliche Rolle der Familie in der Gesellschaft bezogen, wurden hier erfasst.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Für mich als Sozialdemokratin ist nicht nachvollziehbar, weshalb Frau Bundesministerin von der Leyen nicht auch die entsprechenden Konsequenzen für eine solche Zukunftspolitik [der staatlichen Förderung künstlicher Befruchtungen, J.T.] zieht und ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die *kommenden Generationen* nachkommt.“<sup>7</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Zu den jungen Alleinerziehenden sage ich: Ich selbst kenne Fälle wie den, dass eine Alleinerziehende mit zwei Kindern tatsächlich ihren Job als Rechtsanwaltsgehilfin aufgeben musste, weil sie Probleme mit der Betreuung ihrer Kinder hatte. Selbstverständlich hat sie einen Berechtigungsschein für den Bezug von Sozialhilfe bekommen. Damit muss in diesem Land Schluss sein. Diese Situation wollen und werden wir beenden. Das ist nicht weniger, sondern mehr *soziale Gerechtigkeit*.“<sup>8</sup>

**5. Jugendpolitik** = Politik, die die Lebensverhältnisse, Bedürfnisse und Anliegen von Jugendlichen zum Thema hat (etwa Beteiligungsrechte von Jugendlichen oder das Jugendwahlrecht). Auch Aussagen zur Kinderfreundlichkeit Deutschlands wurden hier erfasst.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘ „Kindergrundrechte und das Prinzip der *Generationengerechtigkeit* in die Verfassung und als eine der logischen Schlussfolgerungen daraus ein Wahlrecht von Geburt an, um endlich der Zukunft in unserem Land eine Stimme zu geben.“<sup>9</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Das Problem besteht in dem Zustand der Gesellschaft, in den *sozial ungerechten Verhältnissen*, die delinquentes Handeln befördern.“<sup>10</sup>

**6. Kulturpolitik** = Hier wurden Aussagen zur kollektiven Verantwortung Deutschlands aufgrund des historischen Erbes erfasst. Diese Verantwortung, so manche Redner, soll auch an künftige Generationen weitergegeben werden. Auch das kulturelle Erbe im Sinne von Bauwerken, Denkmälern und Kunst ist diesem Politikfeld zugeordnet.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Wir haben in Deutschland auch heute, über 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nach wie vor uneingeschränkt die Verantwortung, an diese Vergehen zu erinnern, der Opfer zu gedenken und alles dafür zu tun, dass die Erinnerung an sie Mahnung für *zukünftige Generationen* ist.“<sup>11</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Kultur für jedermann, für Kinder und Jugendliche, aber explizit auch für die Bürger im Ruhestand. In diesem Zusammenhang fällt mir der Begriff der kulturellen Gerechtigkeit als Gesamtaufgabe der Gesellschaft ein, die so wie die *soziale Gerechtigkeit* zu gewährleisten wäre, unter anderem auch deswegen, weil das eine die Voraussetzung für das andere ist.“<sup>12</sup>

---

<sup>7</sup> Mechthild Rawert (SPD), Plenarprotokoll 16/205, Deutscher Bundestag 205. Sitzung, 12.02.2009. S. 22234. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16205.pdf> (am 01.11.2010).

<sup>8</sup> Joschka Fischer (Bundesregierung), Plenarprotokoll 15/185, Deutscher Bundestag 01.07.2005. S. 17479.

<sup>9</sup> Renate Schmidt (SPD), Plenarprotokoll 16/228 (2009), Deutscher Bundestag 228. Sitzung, 18.06.2009. S. 25248. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16228.pdf> (am 15.09.2010).

<sup>10</sup> Jörn Wunderlich (Die Linke), Plenarprotokoll 16/228 (2009), Deutscher Bundestag 228. Sitzung, 19.06.2009. S. 25540. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16228.pdf> (am 11.09.2010).

<sup>11</sup> Bär, Dorothee (CDU/CSU), Plenarprotokoll 16/214 (2009), Deutscher Bundestag 214. Sitzung, 26.03.2009, S. 23257. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16214.pdf> (am 13.08.2010).

<sup>12</sup> Lukrezia Jochimsen (Die Linke), Plenarprotokoll 16/228 (2009), Deutscher Bundestag 228. Sitzung, 19.06.2009. S. 25475. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16228.pdf> (am 11.09.2010).

**7. Nachhaltigkeitspolitik** = Bei den Debatten über das Thema ‚Nachhaltigkeit‘ handelte es sich um Diskussionen rund um die Nachhaltigkeitsberichte der Bundesregierung und die Kommentare dazu aus dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung. Die Nachhaltigkeitsstrategie und -berichterstattung der Bundesregierung gehen davon aus, dass vier Koordinaten, darunter ‚Generationengerechtigkeit‘, das Leitbild nachhaltiger Entwicklung konkretisieren. Das Parlament diskutierte dieses Nachhaltigkeitsverständnis und setzte – je nach Partei - der Nachhaltigkeitsdefinition der Bundesregierung eine eigene entgegen, die SG oder GG stärker oder schwächer einschloss. Diese Debatten über die Nachhaltigkeitsberichte sind folglich keinem anderen politischen Sachgebiete zuzuordnen.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Wir sagen aber zugleich: Der Kern der Debatte um Nachhaltigkeit müssen die *Chancen kommender Generationen* sein. Nachhaltigkeit darf nicht für alles und jedes missbraucht werden, was man tagesaktuell als gut, effizient oder gerecht empfindet. Die Themen müssen einen Zukunftsbezug haben; denn es geht hier vor allem um eines: um *Generationengerechtigkeit*.“<sup>13</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Ich bin der Meinung, dass man dieser Definition noch eine globale Dimension hinzufügen sollte, die die Ziele der *sozialen Gerechtigkeit* und eines größeren Wohlstands für die Ärmsten dieser Welt beinhaltet.“<sup>14</sup>

**8. Rechtspolitik** = Hier geht es um verfassungsrechtliche Diskussionen über Generationengerechtigkeit, vorrangig um die überfraktionelle Initiative junger Abgeordneter mit dem Ziel, Generationengerechtigkeit durch einen neuen Artikel 20b als Generalklausel im Grundgesetz zu verankern. Entsprechend geht es bei SG darum, das Sozialstaatsprinzip durch eine Grundgesetzänderung zu konkretisieren. Hier brachte die Linkspartei 2009 einen Antrag ein.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Sinnvoll wäre es aus unserer Sicht, darüber hinaus Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in die Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes aufzunehmen; denn anders als geborene Kinder werden *kommende Generationen* bisher vom Grundgesetz nicht geschützt“<sup>15</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Es war ein verfassungsrechtlicher Rückschritt, ein Zurückweichen vor den politischen Schwierigkeiten bei der Verwirklichung sozialer Grundrechte, als 1948/1949 im Grundgesetz lediglich das Sozialstaatsprinzip, nicht aber konkrete *soziale Grundrechte* an die Seite der liberalen Grundrechte gestellt wurden.“<sup>16</sup>

**9. Rentenpolitik** = Die Kategorie ‚Rentensystem‘ umfasst Beiträge über die Gerechtigkeit und langfristige Finanzierbarkeit des Rentensystems.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Die gegenwärtige Rentnergeneration würde auf Kosten der künftigen Rentnergeneration bessergestellt und damit die *Generationengerechtigkeit* beeinträchtigt, zumal es auch ein Verstoß gegen die Lohn- und Beitragsbezogenheit der Rentenleistungen wäre.“<sup>17</sup>

---

<sup>13</sup> Michael Kauch (FDP): Plenarprotokoll 16/205 (2009). Deutscher Bundestag 205. Sitzung, 12.02.2009. S. 22135. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16205.pdf> (am 01.11.2010).

<sup>14</sup> Ernst Kranz (SPD): Plenarprotokoll 15/151 (2005). Deutscher Bundestag, 20.01.2005. S. 14181

<sup>15</sup> Michael Kauch (FDP): Plenarprotokoll 16/205 (2009), Deutscher Bundestag 205. Sitzung, 12.02.2009. S. 22136. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16205.pdf> (am 01.11.2010).

<sup>16</sup> Gesetzentwurf der LINKEN vom 14.07.2009. Bundestagsdrucksache 16/13791. S. 7

<sup>17</sup> Lehrieder, Paul (CDU/CSU), Plenarprotokoll 16/224 (2009), Deutscher Bundestag 224. Sitzung, 28.05.2009, S. 24605. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16224.pdf> (am 13.03.2010).

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Lafontaine sprach auch von „guten Argumenten“, Rentnern aus der DDR bei einer Übersiedlung in die Bundesrepublik aus Gründen der *sozialen Gerechtigkeit* keine Rente mehr zu zahlen.“<sup>18</sup>

**10. Sonstiges** = Unter dem Datenpunkt ‚Sonstiges‘ wurden alle Beiträge zusammengefasst, die sich nicht den anderen Kategorien zuordnen ließen.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Ich sage Ihnen ganz offen, dass ich es für unverantwortlich hielte, den uns *folgenden Generationen* die Hoffnung auf eine nuklearwaffenfreie Welt geradezu präemptiv nehmen zu wollen.“<sup>19</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Wir sind der Auffassung, dass die Freiheiten des Binnenmarktes durch *soziale Rechte und Grundrechte* klar begrenzt werden müssen.“<sup>20</sup>

**11. Sozialpolitik** = Dieses Politikfeld beinhaltet alle Nennungen von Generationengerechtigkeit bzw. Sozialer Gerechtigkeit, welche sich auf die soziale Grundsicherung, die Absicherung existentieller Risiken, die Verbesserung der Lebenssituation sozial Schwacher, Gefährdeter oder Schutzbedürftiger beziehen.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: Wenn diese drei Punkte erfüllt sind, bei allen Entscheidungen der Politik beachtet werden, dann werden die Interessen heutiger und *künftiger Generationen* gewahrt. Gerade soziale Gerechtigkeit ist ein wichtiger Punkt, für heutige und *künftige Generationen*.“<sup>21</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Auch die *soziale Spaltung* zwischen Arm und Reich nimmt zu. Die Zahl der Reichen ist gestiegen, während die Mittelschicht geschrumpft ist.“<sup>22</sup>

**12. Umwelt- und Energiepolitik** = Umwelt- und Energiepolitik wurden zusammengefasst. Im Hinblick auf GG wird in Fragen der Energiepolitik vor allem das Problem adressiert, wie der Energiebedarf auf eine Art gedeckt werden kann, die künftigen Generationen nicht schadet. Im Hinblick auf SG geht es um die soziale Verträglichkeit der Umwelt- und Energiepolitik. Die Zuordnung der Energie- zur Umweltpolitik ist daher in diesem Falle legitim, obwohl die Energiepolitik im herkömmlichen Sinne auch Fragen der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik umfasst.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Als Beispiel fallen mir dafür unweigerlich die Energiekonzerne mit Abwälzung der Risiken und Langzeitfolgen (Atom Müll, CCS) auf den Steuerzahler und *nachfolgende Generationen* ein.“<sup>23</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Ziel war, darauf aufmerksam zu machen, wie Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihren alltäglichen Konsumentscheidungen auf den Umgang mit der Umwelt, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die *soziale Gerechtigkeit* Einfluss nehmen können. Im Rahmen der Maßnahme wurden darüber hinaus ab Oktober 2005 insgesamt 13 Informationsprojekte zu spezifischen Themen des nachhaltigen Konsums gefördert und dabei bürgerschaftliches Engagement unterstützt.“<sup>24</sup>

---

<sup>18</sup> Brauksiepe Ralf (CDU/CSU), Plenarprotokoll 16/231 (2009), Deutscher Bundestag 231. Sitzung, 03.07.2009. S. 26169. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16231.pdf> (am 01.03.2010).

<sup>19</sup> Werner Hoyer (FDP), Plenarprotokoll 16/218 (2009), Deutscher Bundestag 218. Sitzung, 24.04.2009. S. 23756. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16218.pdf> (am 01.03.2010).

<sup>20</sup> Jürgen Trittin (Grüne), Plenarprotokoll 16/202 (2009), Deutscher Bundestag 202. Sitzung, 29.01.2009. S. 21946. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16202.pdf> (am 11.07.2010).

<sup>21</sup> Lutz Heilmann (Linke), Plenarprotokoll 16/205 (2009), Deutscher Bundestag 205. Sitzung, 12.02.2009. S. 22138. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16205.pdf> (am 01.11.2010).

<sup>22</sup> Die LINKE. Antrag vom 21.01.2009 zum Dritten Armuts- und Reichtumsbericht. Bundestagsdrucksache 16/11637. S. 1

<sup>23</sup> Kottling-Uhl, Sylvia (Grüne), Plenarprotokoll 16/224, Deutscher Bundestag, 224. Sitzung 28.05.2009, S. 24769. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16224.pdf> (am 13.03.2010).

<sup>24</sup> Bundesregierung. Bericht der Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 16/13800 vom 24.07.2009. S. 21.

**13. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** = Die Kategorie ‚Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik‘ umfasst z.B. wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Konjunkturförderung. Auch die Diskussionen über die ökonomische Situation der ‚Generation Praktikum‘ wurden hier erfasst.

Beispiel für Nennungen von ‚GG‘: „Bei allen konjunkturbelebenden Maßnahmen müssen wir auch immer im Auge behalten, welche Auswirkungen sich daraus für *künftige Generationen* ergeben.“<sup>25</sup>

Beispiel für Nennungen von ‚SG‘: „Wir setzen auf einen Kurs, der wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Was die *soziale Gerechtigkeit* angeht, müssten Sie noch ein bisschen üben, Herr Kollege Niebel.“<sup>26</sup>

---

<sup>25</sup> Günter Krings (CDU/CSU): Plenarprotokoll 16/230, Deutscher Bundestag, 230. Sitzung vom 2.7.2009. S. 25854. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16230.pdf> (am 01.03.2010).

<sup>26</sup> Brauksiepe Ralf (CDU/CSU), Plenarprotokoll 16/217 (2009), Deutscher Bundestag 217. Sitzung, 23.04.2009. S. 23520. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16217.pdf> (am 01.03.2010).

## Anhang 4:

### 1.) Erläuterungen zum Verteilungsschlüssel der Rededauer im Bundestag

Als Berechnungsbasis für die Redezeit der im Bundestag vertretenen Fraktionen wurde bis zur 15. Wahlperiode die so genannte ‚Bonner Stunde‘ zu Grunde gelegt (danach ‚Berliner h‘). Die Aufteilung erfolgte ausgehend vom Stärkeverhältnis der Fraktionen unter Berücksichtigung zusätzlicher Gesichtspunkte, nämlich Bonus für die Koalitionsfraktionen wegen Anrechnung von Regierungsreden, Oppositionsbonus und Bonus für kleine Fraktionen (bzw. Gruppen). Diesen Faktoren ist von der 10. bis zur 15. WP jeweils unterschiedliches Gewicht beigemessen worden. Es handelt sich also nicht um einen rein mathematischen, sondern um einen ‚politischen‘ Verteilungsschlüssel, der zudem bis Ende der 15. WP dadurch gekennzeichnet war, dass nur die Oppositionsfraktionen ein jeweils eigenes Redezeitkontingent erhielten, während die Koalitionsfraktionen ein gemeinsames, zusätzlich auch die Regierung einschließendes Redezeitkontingent hatten. Die Aufteilung dieses Redezeitkontingentes erfolgte intern, teils nach generellen, teils nach für den Einzelfall getroffenen Vereinbarungen und Absprachen, deren Einhaltung vom sitzungsleitenden Präsidenten - im Gegensatz zum Redezeitkontingent insgesamt wie auch zu den angemeldeten Einzelredezeiten - nicht überwacht wurde. Zu Beginn der 16. WP erfolgte ein Wechsel in Richtung einer stärker mathematischen, weniger ‚politischen‘ Regelung. Es wurden für alle Parteien eigenständige Redezeitkontingente vereinbart, bei denen die entsprechenden Regierungsbeiträge jeweils gesondert anzurechnen sind. Für unterschiedliche Debattenlängen wurden unterschiedlich lange Redezeitkontingente vereinbart. Für die vorliegende Studie folgt daraus, dass die Aufteilung der Redezeit auf die Parteien nur für die 16. WP exakt berechnet werden konnte, für die 15. WP hingegen geschätzt werden musste. Entsprechend dem Wahlergebnis (Union: 35,2 %, SPD 34,2 %, FDP 9,8 %, LINKE 8,7 %, Grüne 8,1 %) wurde der Prozentsatz von 51,6 für SPD und Grüne (s.u.), der offiziell nur beiden gemeinsam zustand, für die Zwecke der Studie noch mal rein rechnerisch unterteilt in 41,71 % Redezeitanteil für die SPD und 9,88 % für die Grünen. Die Berliner Stunde kann logischerweise immer nur für die Plenardebatten, nicht für die anderen Bundestagsdokumente, berücksichtigt werden. Sofern in Plenarprotokollen Nennungen zu finden waren, deren Autor entweder fraktionslos dem Bundestag angehörte, oder gar nicht dem Bundestag angehörte, so wurden sie bei der Berechnung der Redeanteile der Parteien nach der Berliner Stunde nicht berücksichtigt.

### 2) Redezeitverteilung 16 WP

Std.	Min.	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Linke	B90/ Grüne	Koalition	Oppositio n
½	31	9	9	5	4	4	18	13
¾	44	14	14	6	5	5	28	16
1	60	19	19	8	7	7	38	22
1 ¼	76	24	24	10	9	9	48	28
1 ½	92	29	29	12	11	11	58	34
1 ¾	104	33	33	14	12	12	66	38
2	120	38	38	16	14	14	76	44
2 ½	152	48	48	20	18	18	96	56
3	180	57	57	24	21	21	114	66
4	240	76	76	32	28	28	152	88
5	300	95	95	40	35	35	190	110
10	600	190	190	80	70	70	380	220
Akt. Std.		4	4	1	1	1	Plus 1 für Antragsteller	

### 3.) Redezeitverteilung 15 WP

<b>„Berliner h“ (bezogen auf Zeitstunde = 60 min)</b>	<b>SPD, Bündnisg rüne + Regierun g</b>	<b>SPD, Bündnisgrüne + Regierung (in Prozent)</b>	<b>CDU/ CSU</b>	<b>CDU/ CSU (in Prozent)</b>	<b>FDP</b>	<b>FDP (in Prozent)</b>
62 min	32 min	51,6 %	24 min	38,7 %	6 min	9,67 %

Quellen: HdbPP § 35 Rededauer; schriftliche und mündliche Auskünfte des Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages.